A3neu Kapitel 2: Bezirk der Möglichkeiten

Antragsteller*innen:

2.1 Gleiche Chancen durch gute Bildung schaffen

Die Bildungslandschaft zwischen Moabit, Wedding und Alt-Mitte ist so vielfältig wie unser Bezirk. Kinder, Jugendliche und Erwachsene leben und lernen hier in den Kitas, Schulen, Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen und Freizeitstätten. Obwohl unsere Bildungslandschaft schon einiges bietet, ist noch viel mehr möglich. Denn in Berlin-Mitte zu leben ist keine Garantie, gleiche Chancen auf gute Bildung zu erhalten. Dies wollen wir ändern.

Bildung fängt weder in der Schule an, noch hört sie dort auf. Auch wenn Schulen einen großen Teil bezirklicher Bildungspolitik ausmachen, gehören für uns auch die zahlreichen außerschulischen Bildungsangebote dazu. Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen und auch die Bildungsverbünde sind für uns unentbehrliche Bestandteile der bezirklichen Bildungs- und Kulturlandschaft. Diese wollen wir auch weiterhin stärken und Konkurrenzen zwischen Bildungsangeboten überwinden. Dabei möchten wir das Bildungs- und Kulturangebot auch verstärkt für ältere Menschen in ihrem Wohnumfeld schaffen.

Vor allem die Bildungsverbünde fördern den reibungslosen Übergang von Kindern zwischen den einzelnen Bildungsstufen von der Kita bis zur Oberschule. Zukünftig wollen wir dieses erfolgreiche Modell nicht nur im Wedding und in Moabit, sondern auch im Gesundbrunnen und im Brunnenkiez aufbauen, um auch dort die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche zu verbessern. Finanzielle Unterstützung kommt dafür vom Land, aber das Engagement und die Konzepte müssen vor Ort in die Projekte einfließen. Dafür wollen wir einstehen.

Bei der Bildungspolitik liegt uns die Beteiligung aller Schüler*innen am Herzen, denn sie sind der Mittelpunkt unserer Schulpolitik. Mit dem Schülerhaushalt wollen wir neue Wege in der Beteiligung von Schüler*innen gehen. Außerdem werben wir in den Schulen dafür, schuleigene Mittel wie das Bonusprogramm oder das Energiesparprojekt „Fitfty-Fitfty“ anteilig den Schüler*innen für eigene Ideen und Projekte zur Verfügung zu stellen.

Kinder, Jugendliche und Erwachsene sollen in und nach der Schule die bestmöglichen Chancen erhalten, um als selbstbewusste Persönlichkeiten unsere Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Deshalb möchten wir Inklusion voranbringen, damit alle Menschen in unserem Bezirk teilhaben können. Dafür wollen wir ein bezirkliches „Netzwerk Inklusion" initiieren.

2.2 Schulen sanieren und Abschlüsse für alle Schüler*innen ermöglichen

70 Prozent aller bezirklichen Gebäude in unserem Bezirk sind Schulgebäude. Diese sind viel zu oft in einem schlechten Zustand: Ekel-Klos, kaputte Fenster und Dächer hindern ein lernförderliches Klima. Hier kann und muss der Bezirk zukünftig mehr tun. Nach fünf Jahren liebloser Schulpolitik im Bezirk ist der Sanierungsstau auf rund 120 Millionen Euro angewachsen, weil Rot-Schwarz sehr viel Geld des Landes für Sanierungen Jahr für Jahr verfallen lässt. Gleichzeitig verlassen in keinem anderen Bezirk so viele Jugendliche die Schule ohne Abschluss wie bei uns.

Mit der Schulsanierung möchten wir mit den Schulen gemeinsam den Weg zu einem besseren gemeinsamen Lernen gehen. Wir wollen eine echte Sanierungsoffensive wagen und dafür sorgen, dass unser Bezirk zum Vorreiter für eine moderne und die Bildung fördernde Sanierung der Schulen wird. Dazu brauchen wir einen Schulsanierungsplan, in dem die Bedarfe und Wünsche der Schulen einbezogen, die Maßnahmen finanziell abgesichert und selbstverständlich auch umgesetzt werden. Den Grünen Vorschlag eines landeseigenen Unternehmens für Schulsanierungen werden wir voranbringen, damit Sanierungen von Schulen im Land Berlin beschleunigt und aus einer Hand umgesetzt werden können.

Mit den Schulen, an denen 20 bis 40 Prozent der Schüler*innen keinen Abschluss schaffen, werden wir in einen Dialog treten. Wir wollen, dass jede*r Schüler*in im Bezirk mit einem Schulabschluss die Schule verlässt. Um dies zu schaffen, braucht es keine „Reförmchen" nach dem Gießkannen-Prinzip, sondern individuelle Lösungen. Wir wollen dazu pragmatisch im Gespräch mit den Schulen schrittweise Verbesserungen umsetzen und beispielsweise kleinere Klassen, räumliche Veränderungen und passende Beteiligungsmöglichkeiten schaffen.

2.3 Geflüchtete Menschen willkommen heißen, integrieren und teilhaben lassen

Wir heißen geflüchtete Menschen willkommen und wollen ihnen Schutz bieten. Integration ist für uns ein Fördern und Fordern, von neuen und alten Mitbürger*innen. Dies kann nur gelingen, wenn wir Menschen echten Teilhabemöglichkeiten bieten - beim Wohnen, in der Bildung, mit Arbeit, aber auch mit unserem Anspruch an alle, sich in die Gesellschaft einzubringen. Deshalb setzen wir uns für eine menschenwürdige Unterbringung ein, solange noch kein eigener Wohnraum gefunden wurde. Außerdem werden wir sicherstellen, dass der Spracherwerb unserer neuen Nachbar*innen nicht an fehlenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten scheitert. Wir schlagen vor, in jedem Stadtteil Sprachbildungszentren einzurichten, welche die Qualität der Kurse sicherstellen und für alle Menschen erreichbar sind.

Kein anderer Bezirk in Berlin hat so viele geflüchtete Kinder und Jugendliche in die Schulen aufgenommen wie Berlin-Mitte. Auf Initiative unserer Fraktion wurden schon 2013 die „Willkommensklassen" in der bezirklichen Schulentwicklungsplanung festgeschrieben. Dennoch gelangen wir dieses Jahr an die räumlichen Grenzen in den Schulen. Wir wollen nicht länger akzeptieren, dass die Schulen immer voller werden und die Qualität darunter leidet. Stattdessen braucht unser Bezirk neue Schulstandorte und, wo möglich, mobile Ergänzungsbauten. Der Grundschulneubau an der Boyenstraße in Alt-Mitte/Wedding ist ein erster richtiger Schritt. Insbesondere für die Oberschulen brauchen wir ein intelligentes Raummanagement. Eine Beschulung von geflüchteten Menschen in den eigenen Unterkünften lehnen wir ab.

Wir wehren uns gegen jede Form der Diskriminierung wie in Schulen, die ihre Jugendlichen aufgeben, oder auch bei Arbeitgeber*innen, die nach dem Nachnamen einstellen. Zuwanderung kann Bereicherung und Chance für unsere Gesellschaft sein, wenn auch wir diese annehmen.

2.4 Den Bezirk als Kulturstandort weiterentwickeln

Ein breites Kulturangebot gehört für uns in einem lebendigen Bezirk dazu. Wir sind stolz auf die Kulturnetzwerke und die Galerien, die sich auch mit Unterstützung des bezirklichen Kulturamtes entwickelt haben. Die Bibliotheken

haben durch die neue Schiller-Bibliothek im Wedding einen deutlichen Schub erfahren. Als nächsten großen Schritt wollen wir den Ausbau und die Modernisierung der Bruno-Lösche-Bibliothek an der Perleberger Straße zum Schwerpunkt machen.

Unsere Volkshochschule ist ein wichtiger Motor der Fort- und Weiterbildung aber auch der Integration. Dafür ist es wichtig, Mittel und Räume in den Stadtteilen zur Verfügung stellen, um Menschen jeden Bildungsstandes und jeder Lebenslage einen einfachen und bezahlbaren Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

Eine moderne Erinnerungskultur liegt uns sehr am Herzen. Menschen unterschiedlicher Traditionen, Religionen und Ethnien leben in Berlin zusammen. Sie blicken alle aus ihrer ganz eigenen Perspektive auf die Geschichte zurück, die sich heute nicht (mehr) in einfachen Rastern darstellen und vermitteln lässt. Wir treten für die Entwicklung von Formen der Erinnerungskultur ein, die der Unterschiedlichkeit der Menschen in unserem Bezirk gerecht werden und wollen dafür angemessene Techniken der Informationsvermittlung nutzen. Dabei setzen wir einen Schwerpunkt in der Auseinandersetzung mit der immer noch zu wenig beachteten Kolonialvergangenheit Deutschlands. Dafür ist das Projekt „Lern- und Erinnerungsort Afrikanisches Viertel“ und war die Entwicklung der Audio-App zur Erklärung der Straßennamen ein erster richtiger Schritt. In diesem Zusammenhang werden wir auch weiterhin mit Nachdruck dafür eintreten, dass die Lüderitzstraße, die Petersallee und der Nachtigalplatz im Afrikanischen Viertel nicht mehr Kolonialverbrecher ehren, sondern in enger Zusammenarbeit mit Anwohner*innen, Initiativen und Vereinen wie Berlin Postkolonial e.V. umbenannt werden. Außerdem werden wir den Deportationsbahnhof an der Putlitzbrücke in das Bewusstsein der Stadt rücken.

2.5 Jugendhilfe stärken und Familien unterstützen

Viele Kinder, Jugendliche und Eltern brauchen die Unterstützung der bezirklichen Jugendhilfe. Wir wollen die Qualität des Kinderschutzes und der Hilfen zur Erziehung verbessern. Viele Stellen im Jugendamt wurden entweder gestrichen oder können derzeit nicht besetzt werden. Daher wollen wir die Stellen beim Jugendamt Berlin-Mitte attraktiver machen.

Wir möchten, dass Jugendfreizeitstätten sowohl von freien wie von öffentlichen Trägern betrieben werden, wie dies gesetzlich vorgesehen ist. Die Vergabe von Aufgaben an freie Träger sowie die freie und soziale Jugendarbeit muss so gestaltet sein, dass Mitarbeiter*innen der Erziehungshilfe sozialversicherungspflichtigt entlohnt werden können. Dafür muss das Land Berlin die Bezirke stärker unterstützen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Angebote für queere Jugendliche an einem Standort schwerpunktmäßig geschaffen werden.

Elterngeld und Kitagutscheinstellen müssen wieder stärker personell besetzt werden, damit Eltern die Leistungen auch wahrnehmen können. Dafür setzen wir auf Familienbüros, bei denen alle Leistungen gebündelt von einer Stelle beantragt werden können.

2.6 Gut und gesund leben für Jung und Alt

Weder Alter, Geschlecht noch Herkunft dürfen eine Hürde beim Zugang zu den bezirklichen Informations- und Beratungsangeboten zu Gesundheit und Prävention sein. Menschen, die auf Pflege und Unterstützung angewiesen sind, müssen

kompetente und fachlich qualifizierte Pflege und Betreuung bekommen. Dafür stellen wir uns auch weiter gegen unseriöse Pflegedienste. Wir werden die engagierte Arbeit im Bezirksamt für eine gute Versorgung von Hilfebedürftigen fortsetzen.

Außerdem werden wir Programme zu gesunder Ernährung und Zahngesundheit in KiTas und Schulen weiterführen. Angebote für Senior*innen wie Sturzprophylaxe wollen wir erweitern. Dabei setzen wir auch auf die Zusammenarbeit mit starken Kooperationspartner*innen wie Krankenkassen. Die Ergebnisse von Studien zur Gesundheit der Bewohner*innen im Bezirk und der Lebenswelten von Senior*innen möchten wir zügig mit Maßnahmen und Angeboten wie wohnortnahe Treffpunkte für nachbarschaftliches Miteinander und gemeinsame Freizeit umsetzen. Unser Blick richtet sich dabei auf alle Generationen und die jeweiligen Bedürfnisse. Gute und gesunde Lebensbedingungen für alle Bewohner*innen ist unser Ziel.

2.7 Sport als übergreifende Aufgabe verstehen

Wir wollen die Förderung des bezirklichen Sports als Integrations- und Inklusionsmotor weiterentwickeln. Das gilt nicht nur für unterschiedliche Lebensformen und Herkünfte, sondern auch für unterschiedliche Altersgruppen und Lebensphasen. Inklusive Sportangebote sind in vielen Vereinen bereits selbstverständlich. Das wollen wir ausbauen. Durch den seit Jahren beschlossenen Neubau der Sporthalle am Lessing-Gymnasium im Wedding wie auch durch eine Ausweitung der Sanierung von Sportstätten und Schwimmbädern wollen wir den Sport in unserem Bezirk fördern. Dazu braucht es auch mehr Stellen im Bezirksamt.

Die Nutzung von Sporthallen als Unterbringungsstätte für geflüchtete Menschen wollen wir schnellstmöglich beenden. Wir wollen, dass geflüchtete Menschen menschenwürdig und dezentral, möglichst in Wohnungen, untergebracht werden. Und wo das auf die Schnelle nicht möglich ist, setzen wir uns für einen Dialog zwischen allen Beteiligten ein, weil wir nicht zusehen wollen, wie die verschiedenen Interessen gegeneinander ausgespielt werden.